

Wirtschaftstag 2010

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Antrag 3 – Landesverband Berlin-Brandenburg:

„Ökonomische Bildung als eigenständiges Schulfach“

Bisher ist in keinem Bundesland ein Konzept für ökonomische Bildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II der allgemeinbildenden Schulen zu erkennen. Ökonomisches Wissen ist aber heutzutage unerlässlich.

Ein eigenständiges Schulfach „Wirtschaft“ ist notwendig, um Kindern und Jugendlichen ein Grundwissen über die Wirtschaft zu vermitteln. Das Ziel einer solchen Bildung ist, junge Menschen zur Bewältigung und Gestaltung gegenwärtiger und zukünftiger Lebenssituationen zu befähigen. Als zukünftige Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbraucher und Wähler sind Kinder und Jugendliche auf die Vermittlung von Basiskompetenz über wirtschaftliche Zusammenhänge angewiesen. Eine vorurteilsfreie Wahrnehmung wirtschaftlicher Zusammenhänge ist nur durch eigene Kenntnisse möglich. Die partielle Vermittlung solcher Kenntnisse in anderen Fächern ist unzureichend.

Der Wirtschaftsrat unterstützt ein Gesamtkonzept, Kinder und Jugendliche mit den Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten auszustatten, sich mit den ökonomischen Bedingungen ihrer Existenz auf privater, betrieblicher, volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Ebene auseinanderzusetzen. Dabei soll auch die Bereitschaft der jungen Menschen gefördert werden, sich überhaupt mit ökonomischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Ein Netzwerk von engagierten Praktikern steht bereit, Inhalte zuzuliefern, Lehrer auszubilden und den Unterricht teilweise zu übernehmen.

Ökonomische Bildung muss als eigenständiges Schulfach eingeführt werden.

Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Bundesvorstand und Präsidium werden gebeten, die Einführung eines eigenständigen Schulfachs „Wirtschaft“ zu befürworten und die Bundesregierung bei der Schaffung von einheitlichen Rahmenbedingungen für ökonomische Bildung als Voraussetzung für die Einführung des eigenständigen Schulfachs „Wirtschaft“ in den Bundesländern bestmöglich zu unterstützen.

Berlin, den 8. Juni 2010